

58 Prozent sind für die Bilateralen

UMFRAGE Wenn nicht bei- des zu haben wäre, würden die Stimmberechtigten die Beibehaltung der bilateralen Verträge mit der EU wichtiger finden als die Umsetzung der SVP-Zuwanderungsinitiative.

58 Prozent der Befragten würden sich für die Bilateralen und gegen Zuwanderungsbeschränkungen aussprechen. 35 Prozent würden auf einer Umsetzung der Initiative ohne Abstriche beharren, wie das die SVP fordert. 7 Prozent der Befragten gaben «Weiss nicht» zu Protokoll. Das geht aus einer gestern – ein Jahr nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative – veröffentlichten Umfrage hervor.

Überhaupt würden die Befragten eine positive Bilanz aus den Bilateralen ziehen, heisst es weiter in der von der «SonntagsZeitung» veröffentlichten Umfrage: 71 Prozent erachteten die Verträge als «sehr gut» oder «eher gut» für die Schweiz. Die Unterstützung zog sich durch die Geschlechter, Landesteile, Altersgruppen sowie Stadt und Land. Für eine weitere Annäherung an die EU votierten 52 Prozent, 21 Prozent waren dagegen. 82 Prozent wollten bei der Weiterentwicklung des EU-Rechts mitreden. In Sachen Zuwanderung sprachen sich 79 Prozent für ein Kontrollinstrument in Form einer Ventil- oder Schutzklausel aus. Im Auftrag des Wirtschaftsverbands swisscleantech hatte das Forschungsinstitut GFS Bern vom 17. bis am 24. November vergangenen Jahres 1213 Stimmberechtigte befragt. Die Abweichung kann 2,9 Prozent betragen. Der Wirtschaftsverband Swisscleantech unterstützt die Initiative «Raus aus der Sackgasse», welche die SVP-Zuwanderungsinitiative rückgängig machen will.

sda

In Kürze

GEHEIMDIENST Daten gesammelt

Der Nachrichtendienst des Bundes sammelt seit 2011 persönliche Daten von Fluggästen aus sogenannten Risikostaat. Neben Name, Geburtsdatum und Nationalität sind dies der Flugcode, der Erstabflugort und die Tatsache, ob die Person allein oder in einer Gruppe reist. Die Massnahme dient der Terrorismusabwehr. Das Verteidigungsdepartement bestätigte Angaben der «NZZ am Sonntag». sda

VERMÖGENSVERWALTUNG Schweiz an Spitze

Die Schweiz bleibt betreffend verwaltete Kundenvermögen weltweit an erster Stelle. Ende 2014 wurden zwei Billionen Dollar verwaltet, wie die Beratungs-firma Deloitte in einer Studie feststellte. Dies entspräche einem Zuwachs von 14 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008. sda

FRANKENSTÄRKE FDP nimmt Stellung

An ihrer Delegiertenversammlung in Lugano hat die FDP ein 18-Punkte-Papier zur Frankenstärke verabschiedet. Damit soll der Schweizer Wirtschaft der Weg in eine sicherere Zukunft geebnet werden. Ins Visier nimmt die Partei dabei die Mehrwertsteuer und den bürokratischen Aufwand. sda



«Schweizer Bauern produzieren immer mehr pro Arbeitsstunde und kommen doch auf keinen grünen Zweig.»

Mathias Binswanger schert aus dem ökonomischen Mainstream aus. Freihandel hat seiner Meinung nach auch Schattenseiten. Bilder Susanne Keller

Heute setzen die EU und die USA ihre Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen fort. Was denken Sie: Wird der Durchbruch wie beabsichtigt bis Ende Jahr gelingen?

Mathias Binswanger: Das ist schwierig zu sagen. Schon möglich, dass es zu einem Abschluss kommt, auch wenn gewisse Dossiers noch weiter verhandelt werden müssen.

Welcher der beiden Wirtschaftsriesen hat ein grösseres Interesse daran?

Wahrscheinlich die EU, weil dort das Wirtschaftswachstum weniger ausgeprägt ist als in den USA und man auf einen Wachstums-schub hofft.

Verschlechtert dies die Verhandlungsposition der EU?

In einem gewissen Sinn ja, – allerdings sind Produkte aus dem EU-Raum dank dem schwachen Euro gegenüber dem Dollar billiger geworden, was die EU-Position wiederum etwas verbessern dürfte.

Würden Sie es begrüssen, wenn das Abkommen zustande kommt?

Nicht unbedingt. Wahrscheinlich würden Standards letztlich aufgeweicht – gerade auch im Bereich der Ernährung. Das hätte grosse Konsequenzen für Europa. Die USA sind bei ökologischen Normen, aber auch bei Hormonfleisch oder in Bestimmungen zum Tierwohl viel weniger strikt.

Wie wäre die Schweiz betroffen? Relativ stark. Die Schweiz könnte sich dem entstehenden Druck nur sehr schwer entziehen.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) rechnet damit, dass die Schweiz je nach Übereinkunft und wie die Schweiz partizipieren kann, profitiert.

Aus rein wirtschaftlicher Sicht mag das stimmen. Wir haben im Moment auch einen Bundesrat, dessen grösstes Anliegen es ist, so viele Freihandelsabkommen wie möglich abzuschliessen. Doch man darf den Landwirtschaftssektor und die Frage nach den Standards nicht einfach ausblenden, und hier sieht es anders aus. Die Vorteile würden mit einem Bauernopfer erkaufte.

Fürchten sich die Bauern also zu Recht?

Natürlich. Ein solches Abkommen würde die Landwirtschaft in der Schweiz sowohl durch Druck auf die Preise als auch auf die heisigen Standards gefährden. Das Überleben würde dadurch für viele Bauernhöfe noch schwieriger.

Die Befürworter ignorieren das, weil die Landwirtschaft weniger als ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erwirtschaftet. Sie wollen die vielen Vorteile, die Freihandel unzweifelhaft bietet, nicht wegen ein paar Bauern gefährden. Ich bin überhaupt kein Freihandelsgegner, aber ein Gegner des schrankenlosen Agrar-freihandels.

Die Befürworter behaupten aber, Freihandel könne auch für die Landwirtschaft eine Chance sein. Dann machen sie den Bauern also etwas vor?

Sie glauben grösstenteils effektiv, dass man die Landwirtschaft gleich wie andere Sektoren behandeln kann.

Was macht die Landwirtschaft zum Sonderfall?

In einem entwickelten Land ist die Landwirtschaft unter Marktbedingungen nicht konkurrenzfähig mit den anderen Wirtschaftsbereichen. Das ist nicht nur in der Schweiz so, sondern auch in der EU, selbst in den USA. Wieso?

Der Produktionsfaktor Boden lässt sich im Unterschied zum für die Industrie wichtigen Kapital nicht ausdehnen und auch nicht von einem Ort an einen anderen verschieben. Die Landwirtschaft gerät gegenüber der Industrie automatisch ins Hintertreffen, weil sie nicht dieselben Wachstumschancen hat. Das haben im Prinzip auch die USA erkannt. Sie predigen zwar Freihandel, schützen ihre eigene Landwirtschaft aber ziemlich stark.

Was wären die Folgen, wenn man die Schweizer Landwirtschaft dem Freihandel aussetzte?

Ohne markante Erhöhung der Direktzahlungen würde sich das Bauernsterben rasant beschleunigen. Am Ende hätte man drei Arten von Landwirtschaft: aus touristischen Gründen einige Betriebe, die eine Art Heidi-Landwirtschaft mit einigen Spezialitäten betreiben, dann ein paar hoch produktive Betriebe im Mittel-land, die etwa mit Schweinemast überleben könnten, die man dann aber nicht so gerne vorzeigt, und der Rest wären staatlich bezahlte Landschaftsgärtner.

Sie wollen also die Landwirtschaft weiterhin abschotten? Man sollte weiterhin einen ge-

wissen Schutz ermöglichen und sie von den Freihandelsverhandlungen ausnehmen. Das würde sowohl von den Verhandlungen als auch von der Landwirtschaft Druck wegnehmen, denn häufig macht man die Landwirtschaft für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich.

Wieso soll die Schweiz nicht davon profitieren, dass andere Länder auf ihren grossen Feldern produktiver sind als wir?

Der Erhalt einer einheimischen Landwirtschaft war immer schon ein politischer Beschluss. Rein wirtschaftlich betrachtet käme es die Schweiz günstiger, die land-

FREIHANDEL EU-USA

Mit der achten Verhandlungsrunde, welche diese Woche in Brüssel stattfindet, treten die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen EU und USA in die heisse Phase. Gemäss Vorankündigung geht es unter anderem um eine Annäherung bei Regulierungen und Standards in technischen Fragen bei Energie und Rohstoffen sowie bei Dienstleistungen, Investitions- und dem Öffentlichen Beschaffungswesen. Weitere Themen auf der Tagesordnung sind Regulierungen für Lebensmittel und geografisch geschützte Angaben.

Das geplante Abkommen läuft unter dem Kürzel TTIP, das für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft steht. Weil die stärksten Wirtschaftsräume und zudem die beiden wichtigsten Handelspartner der Schweiz stärker kooperieren wollen, wäre die Schweiz von einem Abkommen ebenfalls betroffen. Gemäss einer Studie, welche das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco in Auftrag gegeben hat, hängt die Wirkung davon ab, wie das Abkommen ausgestaltet wird und ob die Schweiz daran partizipieren kann. Das Bruttoinlandprodukt sinkt um bis zu 0,5 Prozent, beziehungsweise steigt bis zu 2,9 Prozent. Aktiv werden will der Bund jedoch erst, wenn Ende Jahr tatsächlich konkrete Eckwerte auf dem Tisch liegen. cab

«Wenn ich Teigwaren kaufe, ist das darin verarbeitete Ei geistig so weit weg, dass ich nicht mehr darauf achte. Dann ist der Preis plötzlich wichtiger als die Herkunft.»



«Man sollte die Landwirtschaft vom Freihandel ausnehmen»

MONTAGSINTERVIEW Der Ökonom Mathias Binswanger warnt vor Freihandel im Agrarsektor. Die Landwirtschaft sei als Sonderfall zu behandeln, sonst drohe ein Kahlschlag. Ein solcher sei auch nicht im Sinn der Konsumenten.

wirtschaftlichen Güter zu importieren. Schweizer Bauern könnten dann in wertschöpfungsin-sensiveren Branchen arbeiten, etwa im Banken- oder Pharma-sektor, wo die Wertschöpfung bei über 300000 Franken pro Beschäftigten liegt, während es in der Landwirtschaft lediglich 30000 Franken sind. Doch es gibt gute Gründe, die Landwirtschaft in der Schweiz zu erhalten; die Versorgungssicherheit, aber auch den Erhalt der Kulturlandschaft oder der Biodiversität. Möglich ist dies allerdings nur dank Subventionen und geschützter Grenzen.

Schweizer Bauern werben für ihre Ernährungssicherheitsinitiative mit dem Argument, dass sie auch einen Beitrag zur Welt-ernährung leisten.



Die Schweiz hat kaum Einfluss auf den Weltmarkt. Mengemässig wäre ein Verzicht auf eine einheimische Produktion kein Problem. Wir importieren schon heute in vielen Kategorien Lebensmittel. Dank der einheimischen Produktion hängen wir aber etwas weniger von internationalen Preisschwankungen ab. Und viele Konsumenten legen Wert auf regionale Produkte. Sie wollen sehen und mitbestimmen, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel hergestellt worden sind.

Kürzlich wurde in der EU eine Studie veröffentlicht, wonach die Welt dank einem EU-USA-Abkommen sozialer und ökologischer würde.

Das sehe ich ganz anders. Nach der Öffnung von Agrarmärkten in

dustrie hat ein gegenläufiges Interesse zu den Bauern. Sie möchte am liebsten möglichst billig Rohstoffe importieren, um sie in der Schweiz verarbeiten und mit dem Swissness-Attribut verkaufen zu können.

Müsste die Landwirtschaft effizienter werden?

Das wurde sie bereits; Schweizer Bauern produzieren immer mehr pro Arbeitsstunde und kommen doch auf keinen grünen Zweig. Dieses Phänomen ist als landwirtschaftliche Tretmühle bekannt.

Wie funktioniert sie?

Die Nachfrage nach ihren Produkten wächst nicht einfach entsprechend, wenn die Bauern mehr produzieren. Das Überangebot führt zu einem Preiszerfall. Trotz Produktivitätsgewinn können die Bauern ihre Einnahmen nicht steigern. Ein weiteres Problem ist der Markt, für den die Landwirte produzieren: Von der Wertschöpfung durch die Verarbeitung ihrer Rohstoffe profitieren andere. Meistens beliefern die Bauern nicht die Konsumenten direkt, sondern jene, die ihre Rohstoffe veredeln. Die Milchverarbeiter wollen ein möglichst homogenes Produkt zu einem tiefen Preis beziehen. Die Migros beispielsweise stellt dann aus Rohmilch rund siebzig verschiedene Produkte her – noch ohne Käse oder Joghurt. Vom Endpreis geht aber ein immer kleinerer Teil an die Bauern. Davon können die wenigsten Landwirte leben. Und Direktvermarktung ist nicht überall möglich. Der Weinhandel ist eines der wenigen Beispiele, wo Diversifikati-on funktioniert. Dort kommt es darauf an, von welchem Winzer die Traube stammt.

Hätte die Landwirtschaft mit dem Trumpf Schweizer Qualität nicht gute Chancen auf ausländischen Märkten?

Die Lebensmittelindustrie schon, aber kaum die Bauern. Doch wir geraten damit in Konflikt mit den eigenen Zielen: Die Ökologie ist einer der Gründe, weshalb wir die Landwirtschaft in der Schweiz erhalten wollen. Wenn wir Lebensmittel um die halbe Welt transportieren, müssen wir sie entsprechend konser-

vieren und behandeln. Die Vorteile Ökologie, Regionalität und Frische fallen dann weg.

Wie wichtig ist der Preis bei Lebensmitteln?

Konsumenten geben einen immer geringeren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Paradoerweise ist der Preis dennoch wichtiger als anderswo. Je nachdem, wo man einen Franken ausgibt, hat er subjektiv ein anderes Gewicht. Bei Lebensmitteln hat er einen hohen Wert, bei Investitionen an der Börse hingegen ist er sehr klein. Das liegt daran, dass man Lebensmittel bezahlt und dass man gut über deren Preis informiert ist und wird, weil man Nahrungsmittel oft einkauft. So können wir uns darüber aufregen, wenn ein Joghurt zehn Rappen teurer wird, während wir in anderen Bereichen einen viel deutlicheren Preisaufschlag gar nicht wahrnehmen. Das wirkt sich schliesslich zuungunsten der Landwirtschaft aus.

Deshalb fahren wir auch ins nahe Ausland, um dort Lebensmittel zu kaufen, wenn der Eurokurs tief ist.

Genau, und berücksichtigen kaum, dass wir dafür lange Fahrten in Kauf nehmen müssen.

Macht Schnäppchenjagd wenigstens glücklich?

Wenn man etwas billig kaufen kann, bereitet das sicherlich kurzfristig Freude. Aber das sind Spielereien. Längerfristig erkennen wir, dass wir bei der Jagd auf Schnäppchen oft auch Dinge erstehen, die wir später gar nicht benötigen.

Wo achten Sie selber auf den Preis?

Ich achte weniger auf den Preis als auf die Ladenöffnungszeiten, mit denen ich oft in Konflikt gerate. Die Erreichbarkeit der Lebensmittel ist für mich deshalb fast das wichtigste Kriterium, zumal ich keine grossen Mengen einkaufe. Nach Möglichkeit bevorzuge ich Schweizer Produkte. Aber da gibt es ein weiteres Problem. Bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln wird auf die Herkunft geachtet. So haben sich etwa die Schweizer Freilandeier durchgesetzt. Aber sobald die Produkte verarbeitet werden, et-

wa Eier zu Teigwaren, schwindet der Bezug dazu.

Müsste man die Deklaration verbessern?

Die Zutaten sind wohl schon deklariert, aber wenn ich Teigwaren kaufe, ist das darin verarbeitete Ei geistig so weit weg, dass ich nicht mehr darauf achte. Dann ist der Preis plötzlich wieder wichtiger als die Herkunft.

Immerhin schaffen Deklarationen Transparenz.

Manchmal fördern sie eher die Intransparenz. Wer will schon bei jedem Lebensmittel eine lange Liste mit Informationen zu dessen Inhalt durchlesen. Labels heben das Problem einfach auf eine andere Ebene: Man muss sich dann über die Labels eine Übersicht verschaffen: Für was steht es genau?

Da hat der Bauer um die Ecke eben doch einen riesigen Marktvorteil: Man weiss, woher das Produkt stammt und wer es produziert hat.

Ja, wenn es diesen Bauern noch gibt und er zu solchen Bedingungen produzieren kann, dass er überlebt.

Bei Bioprodukten akzeptieren die Konsumenten die höheren Preise problemlos.

Aber auch hier geht es meist um unverarbeitete Produkte, die verarbeiteten Lebensmittel sind eher Nischenprodukte. In diese Richtung aber muss es gehen. Das Problem ist nur, dass Betriebe wie Migros, Coop oder Emmi kein Interesse daran haben, dass Bauern aus ihrer Ernte selber solche qualitativ hochstehenden, biologischen Produkte herstellen und diese in grossem Ausmass direkt an die Konsumenten verkaufen. Diese Wertschöpfung wollen sie aus verständlichen Gründen lieber selber generieren. Denn damit verdient man wirklich Geld.

Die Bauern müssten sich selber organisieren.

Es gibt solche Versuche, etwa den Vertrieb von Produkten übers Internet oder das Angebot von monatlichen Lebensmittelkörben. Aber das sind Nischen. Sie retten die Landwirtschaft in der Schweiz noch nicht.

Interview: Brigitte Walsler
Christoph Aebischer

Handel gerät unter Druck

STARKER FRANKEN Die Migros leidet unter dem Einkaufstourismus und verbilligt ab heute mehrere Markenartikel. Die Konsumentenschützerin Sara Stalder lobt den Detailhandel für die schnelle Weitergabe der Währungsgewinne.

Der starke Franken verlockt viele Schweizerinnen und Schweizer dazu, im Euroraum einzukaufen. Das macht dem Detailhandel zu schaffen. Am stärksten betroffen seien die grenznahen Filialen, sagt Migros-Chef Herbert Bolliger in einem Interview mit der «SonntagsZeitung». «Dort rechnen wir mit einem Umsatzrückgang von fünf Prozent und mehr.» Entlassungen werde es nicht geben. Aber Abgänge in den Läden nahe der Grenze würden wohl nicht mehr besetzt oder die Arbeitseinsätze reduziert. Die Lohnerhöhungen bei der Migros würden zudem unter anderem wegen der negativen Teuerung «tiefer sein als in den vergangenen Jahren».

Als Reaktion auf das Ende des Euromindestkurses hatten Migros, Coop und Lidl bereits angekündigt, die Preise für importierte Frischprodukte zu senken. Ab heute fallen bei der Migros auch die Preise verschiedener Markenprodukte um mindestens zehn Prozent.

Kleider seien noch zu teuer

Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz, lobt den Detailhandel und die Autobranche für die schnelle Weitergabe der Währungsgewinne. Weniger zufrieden zeigt sie sich dagegen mit den Kleider- und den Kosmetikherstellern. Von diesen hört sie man trotz der deutlichen Aufwertung des Frankens nichts, kritisierte Stalder in einem Interview mit dem «SonntagsBlick». Ganz allgemein wenig Bewegung nach unten sehe sie bei sogenannten Lagerhaltungsprodukten wie etwa Schuhen. «Hier könnten Händler ein Zeichen setzen und die Preise senken.» Im umgekehrten Fall – wenn der Franken sich abschwäche – gäben diese die Preissteigerung ja stets sofort an die Kunden weiter.

Besonders scharf kritisiert die oberste Konsumentenschützerin die Praxis des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), der Pharmabranche für kassenpflichtige Importmedikamente noch längere Zeit einen markant höheren Wechselkurs zuzugestehen. Stalder nennt diese Regelung des BAG «eine unsägliche Sache». «Kein Wirtschaftszweig hat einen solchen Bonus. Wir setzen uns dafür ein, dass er endlich fällt.»

Stalder wehrt sich auch gegen den Vorwurf, Einkaufen im Ausland sei unpatrisch. Sie fordert Preisenkungen bei Importprodukten auf das europäische Niveau. Akzeptabel sei lediglich ein Preisaufschlag von höchstens 15 Prozent.

Inoffizieller Mindestkurs?

«Die Schweiz am Sonntag» schrieb gestern zur Aufgabe des Euro-Franken-Mindestkurses, die Schweizerische Nationalbank (SNB) stütze den Mindestkurs inoffiziell nach wie vor. Die Zeitung beruft sich dabei auf «SNB-nahe Kreise». Die Rede ist von einem «Korridor» von 105 bis 110 Franken. Für dieses Ziel, das nicht nach aussen kommuniziert werde, dürften Verluste bis zu 10 Milliarden Franken in Kauf genommen werden. sda/mjc